

muss man den Weg noch weiter gehen bis dahin, dass der Einsatz von Antibiotika bei Tieren eine Ultima Ratio ist. Aber man wird es am Ende auch aus Tierschutzgründen nicht verbieten können. Das ist wenigstens meine Meinung. Aber es muss die Ultima Ratio sein, denn die Übertragung dieser Problematik auch durch unsere Nahrungsmittel steht heute in der Forschung außer Frage.

Auch bei uns Menschen sollte der Einsatz von Antibiotika vielleicht nicht mehr ganz so oft passieren wie früher oft, vielleicht auch manchmal heute noch nach dem Motto: Jetzt gehe ich mit meiner Erkrankung zum Hausarzt und bitte ihn, mir doch ein Breitbandantibiotikum aufzuschreiben. – Das ist doch der Wunsch vieler Patienten, die vielleicht das Ergebnis einer Blutuntersuchung gar nicht abwarten wollen, um auf der Basis dieser Ergebnisse dann gezielter einzugreifen. Eine solche Frage muss natürlich in einer gesundheitlichen Aufklärung, die sowohl das Land wie der Bund betreibt, eine Rolle spielen, weil uns auch das Verhalten der Patienten bei der Erreichung unseres Zieles helfen kann.

Dann ist natürlich klar: Antibiotika sind heute Gott sei Dank in vielen Produkten ein sehr preiswertes Medikament. Ich sage deswegen „Gott sei Dank“, weil diese Medikamente in vielen armen Ländern dieser Erde auch nur deshalb für ihre Bevölkerung eingesetzt werden können, weil sie mittlerweile erschwinglich sind. Wir können nicht immer nur von unserer deutschen Situation ausgehen.

Und in einer solchen Situation ist es selbstverständlich auch wichtig, auch über Mechanismen zu reden und zu bedenken, dass die forschende Arzneimittelindustrie Interesse daran haben muss, in der Frage der Antibiotikaforschung weiter nachzudenken. Deswegen ist es nicht immer verkehrt, wenn man auch bei der Preisgestaltung von neuen Medikamenten mit neuen Therapiechancen berücksichtigt, dass sich für die Forschung der Weiterentwicklung der Arzneien wirtschaftlich rechnen muss. Es sind, glaube ich, heute ziemlich ausgeklügelte Systeme, mit denen wir das auch bei uns in der Bundesrepublik Deutschland erreicht haben.

Deswegen bleiben wir als Landesregierung meines Erachtens natürlich auch in der Verantwortung – wie es auch andere sind. Das betrifft insbesondere die Achtsamkeit und die Hygiene in den Krankenhäusern. Wir brauchen mehr Hygieneärzte in unseren Krankenhäusern. Außerdem können Besucher und Patienten in den Krankenhäusern auch ein Stück weit mitwirken, um die Übertragung von Keimen zu verhindern.

Diese Verantwortung wird das Gesundheitsministerium in den nächsten Jahren wahrnehmen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/1996 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend –, den **Wissenschaftsausschuss** wie auch den **Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dem nicht zu? – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist einstimmig so überwiesen. Das freut mich sehr, denn wir können schon Tagesordnungspunkt 10 aufrufen:

10 Europäische Verantwortung für Energieversorgungssicherheit annehmen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/1987

Ich eröffne die Aussprache. Herr Dr. Untrieser steht schon am Pult und hat das Wort. Bitte schön.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Zum Schluss noch einmal Energie, aber etwas friedlicher. Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Energiefrage steht am Anfang des europäischen Einigungsprozesses.

1951, gerade sechs Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, gründeten die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Hauptziel dieser sogenannten Montanunion war die Vergemeinschaftung, also die gegenseitige Kontrolle, der kriegswichtigen Güter Kohle und Stahl sowie deren Sicherstellung für den Wiederaufbau. Damit sollte der Frieden in Europa bewahrt werden. Sie ist gleichzeitig auch die Grundlage für den Handel mit diesem Energieträger, der den wirtschaftlichen Erfolg Nordrhein-Westfalens in Zusammenarbeit mit seinen westlichen Nachbarstaaten über Jahrzehnte geprägt hat.

1957 gründeten die besagten Staaten zudem die Europäische Atomgemeinschaft Euratom, die sich der Förderung, der Forschung, dem Gesundheitsschutz und der Kontrolle der Atomkraft widmete. Zugleich schuf man in den Verträgen von Rom die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

In den letzten mehr als 60 Jahren haben sich die Institutionen zur Europäischen Union weiterentwickelt.

Das Thema „Energie“ ist in Europa aber weiter relevant – zum Glück nicht mehr eine Frage von Krieg oder Frieden. Die Herausforderungen indes bleiben: Wie erreichen wir die Umwelt- und Klimaschutzziele? Wie sichern wir die Versorgungssicherheit? Wie machen wir uns unabhängiger von Importen? Wie bleibt Energie für jeden Menschen bezahlbar? Wie erhalten wir die notwendige Akzeptanz?

Darüber diskutieren wir nicht nur hier in Düsseldorf, sondern natürlich auch in Berlin, aber auch in Brüssel. In Europa wird aktuell an der Energieunion gearbeitet. Derzeit werden vier Verordnungen und vier Richtlinien diskutiert. Die Versorgungssicherheit und ein stärkerer grenzüberschreitender Handel von Strom, also die Vollendung des sogenannten Energiebinnenmarktes, sind darin angesprochen, und an diesen Diskussionen sollten wir uns beteiligen.

Die NRW-Koalition ist der Auffassung, dass wir in Nordrhein-Westfalen die besten Möglichkeiten haben, um mit unserer Lage im Herzen Europas und unseren wirtschaftlichen Voraussetzungen eine Vorreiterrolle für eine sichere und innovative Energieversorgung einzunehmen.

Aus diesem Grund haben CDU und FDP das Ziel formuliert, eine Energieversorgungsstrategie zu erarbeiten, die den wachsenden Anforderungen an die Versorgungsqualität infolge der zunehmenden Nutzung regenerativer Energiequellen, dem deutschen Atomausstieg im Jahr 2022 und dem ausreichenden Betrieb konventioneller Kraftwerke Rechnung trägt. Steigende Anforderungen an den Netzzumfang und die Qualität, die Potenziale der Digitalisierung, virtuelle Kraftwerke, ein effektives Demand-Side-Management, Speicher, Power-to-X usw. müssen hierbei berücksichtigt werden.

Es ist unsere Aufgabe, das Energiemarktdesign gemeinsam mit unseren europäischen Partnern weiterzuentwickeln. Dafür notwendig sind neue Stromleitungen zwischen den Ländern, sogenannte Interkonnektoren. Die ALEGrO-Leitung zwischen Aachen und Lüttich ist hier nur der erste Schritt, auf den noch weitere folgen müssen.

Gleichzeitig ist es wichtig, die Zusammenarbeit und die Abstimmung mit unseren Nachbarländern zu intensivieren. Früher wie auch heute ist die Energieversorgung ein elementarer Punkt der europäischen Familie. Unser heutiges Ziel ist ein auf Wettbewerb basierender Binnenmarkt, auf dem gekauft, transportiert und gehandelt werden kann. Energie muss auch hier in Nordrhein-Westfalen sicher, bezahlbar, umwelt- und klimafreundlich produziert werden. Dies erreichen wir nur gemeinsam, gemeinsam mit unseren Partnern.

Ich bitte daher um Zustimmung zur Überweisung und freue mich auf die Diskussion im Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Brockes.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bundesrechnungshof hat quasi als vorgezogene Bilanz der Energiepolitik der letzten Großen Koalition bereits im Dezember 2016 kritisiert, dass die Bundesregierung es nicht geschafft hat, bei der Energiewende den Gleichklang von Umweltverträglichkeit, Sicherheit und Bezahlbarkeit zu wahren.

Im Grunde gilt das auch heute für die mögliche neue Große Koalition. In dem zur Abstimmung stehenden Koalitionsvertrag werden letztlich doch nur wieder die Umweltziele ganz konkret benannt. Da heißt es zum Beispiel: Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss deutlich erhöht werden. Man will einen Anteil von etwa 65 % erneuerbarer Energien bis 2030, kurzfristig Sonderausschreibungen bei Fotovoltaik, Onshore- und Offshore-Windenergie. Ein Plan zur schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung wird erarbeitet.

Meine Damen und Herren, was völlig fehlt, sind klar definierte Kriterien für die Wirtschaftlichkeit und die Sicherheit der Energieversorgung. Stattdessen werden physikalisch-technische Grenzen sogar ignoriert. Es wird bewusst nicht gesagt, was man als zumutbar für Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger ansieht.

Meine Damen und Herren, die Energiepolitik auf Bundesebene wird außerdem nicht dem europäischen Rahmen gerecht. Vom zusammenwachsenden Energiebinnenmarkt hört man maximal in Sonntagsreden. Reales Regierungshandeln sieht unter Schwarz-Rot im Bund jedoch anders aus.

Das zeigt die Debatte über das Strommarktgesetz oder über die Abkopplung Österreichs vom deutschen Strommarkt.

(Zuruf von der AfD: Warum denn?)

Hier setzt als Gegenmodell unsere Initiative aus Nordrhein-Westfalen von CDU und FDP für eine vernunftgetriebene Energiepolitik an. Die Landesregierung wird eine Energieversorgungsstrategie erarbeiten. Die Herausforderungen sind dabei klar benannt. Die steigenden Anforderungen an die Versorgungsqualität angesichts zunehmender Einspeisung erneuerbarer Energien müssen in einer ehrlichen Bestandsaufnahme klar benannt und preismäßig beziffert werden. Eine Strategie, die Risiken für die Versorgungssicherheit in ihrer ganzen Breite identifiziert und analysiert, benötigt klare Zielgrößen – nicht nur für die Politik, sondern auch für die Energiewirtschaft, für Industrie und Mittelstand.

In einem ersten Schritt erfordert das eine umfassende Energiebedarfsanalyse von industriellen, gewerblichen und privaten Verbrauchern – auch aus anderen Sektoren, wie zum Beispiel dem öffentlichen Personennahverkehr im Verkehrsbereich.

Mit den Ergebnissen kann anschließend ermittelt werden, was für die europäische Energieversorgung der Zukunft, etwa beim Ausbau einer energiewendetauglichen Infrastruktur oder der Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen, nötig ist. Das ist der Gegensatz zu einer reinen verbots- und ideologiegetriebenen Energiepolitik.

(Zuruf von der AfD: Der blanke Hohn, was Sie da erzählen!)

Auch wenn die Strategie für NRW erarbeitet wird, sind die bundesweiten und europäischen Wechselwirkungen selbstverständlich einzubeziehen. Denn es geht eben nicht so einfach, wie manche es sich wünschen, heimische Kraftwerke abzuschalten und Auslandsstrom aus der EU zu beziehen. Denn nicht immer ist sicher, dass er hier zum passenden Zeitpunkt zur Verfügung steht, wie man gerade in Frankreich sieht, wo aktuell mindestens zehn Kernkraftwerke ausgefallen sind.

Meine Damen und Herren, die NRW-Koalition ist sich der Verantwortung Nordrhein-Westfalens für die Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa bewusst und handelt mit diesem Antrag entsprechend. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Brockes. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Schultheis.

Karl Schultheis (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP „Europäische Verantwortung für Energieversorgungssicherheit annehmen“ zählt praktisch alle interessanten Themen auf, die in diesem Kontext eine Rolle spielen. Ich nenne das mal eine Ideensammlung, der man schlecht widersprechen kann.

Wichtig ist: Wir fordern nicht die Sammlung – auch Sie nicht, davon gehe ich aus –, sondern die Strategie. Insofern vermissem ich in Ihrem Forderungskatalog, dass auch die Strategie, die von der jetzigen Landesregierung oder den Koalitionsparteien vereinbart worden ist, hier im Landtag zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wird. Die fehlt einfach. Der Antrag ist, wie gesagt, eine Aufzählung der Rahmenbedingungen für Energieversorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimafreundlichkeit. Dem kann im Prinzip jeder nur zustimmen.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Dummes Zeug!)

Über die grenzüberschreitenden Leitungen haben wir heute Morgen gesprochen. Da geht es einfach darum, die Kooperation zwischen den einzelnen Ländern in der EU zu stärken, um hier eine energiewirtschaftliche und energiepolitische Zusammenarbeit zu ermöglichen. Heute Morgen hatte ich nicht die Gelegenheit, diesen Aspekt noch mal aufzuzeigen.

Die bisherigen Energiegespräche mit der belgischen Regierung hat die Landesregierung mit der Föderalregierung in Brüssel geführt. Ich persönlich und auch meine Fraktion sind der Meinung, dass man die Möglichkeiten ausschöpfen sollte, diesen Dialog mit den Regionen Belgiens zu führen, weil diese zusammen den Energiepakt entwickeln und es auch gesetzliche Möglichkeiten gibt, hier regional zwischen einem Bundesland und den Regionen Belgiens unterhalb der bundesgesetzlichen Ebene zusammenzuarbeiten. – Ich darf Ihnen sagen, dass wir bei unseren Gesprächen gute Signale erhalten haben.

Wir benötigen in der Tat einen Erzeugerpark, der geeignet ist, auch bei Dunkelheit und Windflaute eine verlässliche Versorgung zu gewährleisten. Dazu gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die das gewünschte Ergebnis erst in ihrer Konvergenz erreicht. In dem Antrag wird keine Aussage dazu gemacht, wie wir einen solchen Erzeugermarkt absichern können.

Sie thematisieren auch den Kapazitätsmarkt – ein Thema, das uns schon lange begleitet. Aber in dem Antrag wird nicht deutlich, welche Eckpunkte Sie für einen Kapazitätsmarkt sehen. Wenn wir die Eckpunkte hätten, könnten wir uns damit auseinandersetzen. Das ist ein sehr wichtiger Punkt für die Wirtschaftlichkeit des Bestandes an Kraftwerken in Nordrhein-Westfalen, insbesondere wenn ich an ein Kraftwerk wie das GuD-Kraftwerk in Hamm denke –

(Beifall von Marc Herter [SPD])

ein modernes Gaskraftwerk, das aber sicherlich untergenutzt ist.

(Marc Herter [SPD]: Das ist eine dezente Untertreibung, Herr Schultheis!)

Hier gäbe es sogar Möglichkeiten, in Europa auch unterhalb europäischer Regularien zu einer Zusammenarbeit zu kommen, um nicht genutzte Kapazitäten für die belgischen Kommunen nutzbar zu machen, die auf eine Versorgungssicherheit angewiesen sind.

Ihr Antrag ist also aus unserer Sicht ein erster Aufschlag. Wir können Ihnen nur empfehlen – wir werden das tun –: Bleiben Sie dran, dass die Landesregierung eine entsprechende Strategie vorlegt, die die einzelnen Programmpunkte in ein sinnvolles System bringt. Dann sind wir gerne bereit, mit Ihnen im Ausschuss darüber zu diskutieren und zu prüfen, ob es nicht hier und da auch eine Gemeinsamkeit geben

kann. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und ein schönes Wochenende.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schultheis. – Für die grüne Fraktion hat Wibke Brems das Wort.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute geht es also um die europäische Zusammenarbeit in der Energiepolitik. Das klingt erst mal ganz gut, aber das Problem ist, dass CDU und FDP damit meinen, dass die alten fossilen Strukturen einfach mal verfestigt und die Bedingungen für erneuerbare Energien weiter erschwert werden.

Was wir aber brauchen, ist genau das Gegenteil. Wir brauchen europäische Zusammenarbeit, aber pro erneuerbare Energien, pro zukunftsfest, und nicht das Festhalten an alten Strukturen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie fordern eine stärkere internationale Kooperation. Diese wollen Sie aber nur in eine Richtung: NRW soll, bitte schön, Strom exportieren, gesicherte Kraftwerksleistungen für das Ausland bereitstellen, aber NRW darf niemals importieren.

Ich muss Ihnen etwas sagen: So funktioniert Kooperation nicht. Eine Kooperation ist keine Einbahnstraße. Denn schon jetzt ist es so, dass unsere europäischen Nachbarn zum Teil über unsere massiven fossilen Überkapazitäten verärgert sind, die dafür sorgen, dass im Ausland Gaskraftwerke stillgelegt werden, dass die Preise zum Teil massiv sinken, dass es verstopfte Leitungen gibt usw. Wir müssen wirklich Überkapazitäten abbauen und dürfen Erneuerbare nicht weiter fesseln – also genau das Gegenteil von dem, was Sie hier fordern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kollegen von CDU und FDP, in Ihrem Antrag wirbeln Sie einige Aspekte durcheinander. Als ich vorhin die beiden Kollegen von CDU und FDP gehört habe, ist mir aber klargeworden, warum das so ist: Sie sind sich noch nicht so ganz einig, wohin genau es eigentlich gehen soll. Vielleicht sollten Sie das erst einmal klären, bevor wir hier gemeinsam darüber reden müssen. Nun gut. Sie müssen daher entschuldigen, wenn auch ich in den weiteren Punkten ein bisschen hin und her springe.

Einen Aspekt fand ich sehr kurios: Sie führen aus, dass die geografische Lage Nordrhein-Westfalens prädestiniert dafür sei, für Versorgungssicherheit zu sorgen. Was das eine mit dem anderen, also mit fossilen Kraftwerken, zu tun hat, habe ich, ehrlich gesagt, nicht nachvollziehen können. Warum gilt das

nicht auch für Schleswig-Holstein, warum gilt das nicht für Baden-Württemberg? Das ist wirklich eine etwas kuriose Forderung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie fordern in Ihrem Antrag freie Leistungsmärkte. – Dabei habe ich sofort gedacht: Sie wollen also schon wieder eine neue vergoldete Frührente für alte Kohlekraftwerke. Was wir brauchen, sind nicht mehr Kapazitäten, sondern mehr Flexibilität.

Sie haben aber – das ist ja das Kuriose – zum Teil schon die richtigen Stichworte im Antrag stehen. Sie sagen: Wir brauchen Lastmanagement. Wir brauchen Speicherkraftwerke. – Ich ergänze: Wir brauchen auch Gaskraftwerke. Das derzeitige Problem ist, dass der Markt nicht das belohnt, was wir technisch brauchen.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Welcher Markt?)

Wir brauchen flexible Kraftwerke und einen Markt, der genau das belohnt. Dahin müssen wir kommen. Wir dürfen nicht weiter im alten Denken verharren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sehr geehrte CDU und FDP, ich lese, die Versorgungssicherheit sei in der Vergangenheit als gegeben angesehen worden. Vielleicht von Ihnen, von uns nicht! In der politischen Diskussion mag es vielleicht nicht die große Rolle gespielt haben, aber in der Realität ist sie längst da. Seit 2006 gibt es eine klare Tendenz: Die Dauer der Stromausfälle in Nordrhein-Westfalen hat seit 2006 massiv abgenommen. Die Stromversorgung ist also zuverlässiger geworden,

(Beifall von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

gerade durch die Digitalisierung und nicht entgegen der Digitalisierung, wie es in Ihrem Antrag steht. Darüber hinaus ist die Stromversorgung zuverlässiger geworden, aller Unkenrufe zur Unsicherheit der erneuerbaren Energien zum Trotz.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Physikalischer Unsinn!)

Zu guter Letzt möchte ich auf Folgendes zu sprechen kommen: Die Überschrift behandelt das Thema „Energie“. Der Antrag tut es angeblich auch. Sie haben mich die ganze Zeit nur vom Strom reden hören. Auch der Antrag macht leider genau das. Geht es nun um Energie? Ist für Sie Energie nur gleich Strom?

Für uns geht es um eine breitere Aufstellung. Deswegen fänden wir es gut, wenn Sie gemeint hätten, dass das Pentalaterale Energieforum auf andere Energieträger, beispielsweise auch auf Gas, ausgeweitet würde, dass wir auch da mit den europäischen Nachbarn weiter kooperieren sollten. Das wäre sinnvoll. Eigentlich sollte es darum gehen, dass das europäische Energiesystem zukunftsfähiger gemacht

wird, dass gemeinsame Erneuerbare-Energien-Projekte gestartet werden, und nicht darum, dass belgischer Atomstrom durch deutschen Braunkohlestrom ersetzt wird.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, Ihr Antrag bleibt in alten, fossilen Gedanken gefangen. Sie würfeln da ein paar Forderungen zusammen. Ich glaube, wir haben noch einiges zu diskutieren. Darauf freue ich mich. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Brems. – Für die AfD-Fraktion spricht nun Herr Dr. Blex.

Dr. Christian Blex (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Als ich den vorliegenden Antrag zum ersten Mal las, musste ich dreimal hinschauen: so viel Realitätsfremdheit, so viel physikalisch-technisches Unwissen, so viel grüner Aktionismus! Diesen intellektuellen Schiffbruch hätte ich eigentlich von den Grüninnen erwartet, nicht aber von den pseudobürgerlichen Fraktionen.

(Beifall von der AfD)

Offensichtlich sind aber die Unterschiede zwischen der Regierungskoalition und den Ökofantasten nur kosmetischer Natur, denn Sie haben in Deutschland den Strommarkt zur weltweit schlimmsten ökoreligiösen Planwirtschaft umgebaut.

(Beifall von der AfD)

Wenn Sie hier von Markt reden, dann ist das schlicht pervers. Mich schaudert es, wenn Sie in diesem Antrag von freiem Wettbewerb reden. Ein Hohn!

Die Energieversorgung wird durch gesicherte Leistungsbereitstellung und die Fähigkeit, Leistungsbedarfsschwankungen zügig auszugleichen, gesichert. Darum geht es. Idealerweise sollte die Bereitstellung nicht abreißen – wenn doch, muss die Versorgungslücke schnell geschlossen werden. Das funktioniert dann eben nicht wie bei den Jamaika-Sondierungsgesprächen, wo Pi mal Daumen eine Leistung von 8 bis 10 GW einfach abgeschaltet werden kann.

Es kommt im Wesentlichen darauf an, dass die Elektronen im Netz exakt 50 Mal pro Sekunde hin und her schwingen. Dabei beträgt die Abweichungstoleranz übrigens 0,5 %. Schwingen die Elektronen zu schnell oder zu langsam, gehen unsere Endgeräte kaputt.

(Lachen von der SPD)

Und jede Differenz zwischen Leistungsbereitstellung und -entnahme verändert die Schwingungsfrequenz. Ich verstehe, dass Sie von der SPD lachen. Das ist

Physik, das verstehen Sie nicht, aber es ist nun mal so.

(Beifall von der AfD)

Diese Netzfrequenz übrigens – das müssen Sie auch mal lernen – ist dem Wind- und Sonnenstrom vollkommen egal. Der Wind weht, wann er will, und die Sonne scheint nachts per Definition nicht. Das macht diesen Zufallsstrom für die technische Nutzung absolut minderwertig. Nur durch den Taktgeber der großen Schwungmassen, der einen Anteil von 40 % nicht unterschreiten kann, kann der Zufallsstrom überhaupt verarbeitet werden. Das ist die Millisekunden-Reserve, 40 %. – Herr Pinkwart, Sie sollten auch aufpassen und lernen: 40 % brauchen Sie.

(Beifall und Heiterkeit von der AfD)

Sie sind ja gut dabei. Die Leistungskurven kennen Sie schon, Herr Pinkwart. Merken Sie sich auch noch die 40 % – ich habe noch Hoffnung.

(Zurufe von der AfD, der SPD und der CDU)

Die TenneT-Bilanz von Anfang dieses Jahres zeigt, dass das Stromnetz unter der Zufallslast von volatilen Quellen eben nicht gesichert ist. Die Stabilisierung der Netze haben sich die Netzbetreiber 1 Milliarde € kosten lassen. Die Kosten zahlt ja nicht der Netzbetreiber. Das wälzt der Netzbetreiber auf die Stromkunden ab. Da Sie bei Zufallsstrom die Produktion nicht regulieren können, wollen Sie die Nachfrage reglementieren. Das nennen Sie dann euphemistisch „Demand Side Management“.

(Heiterkeit von der AfD)

Damit wollen Sie elementare Freiheitsrechte der Bürger einschränken und ihnen vorschreiben, wann sie Strom verbrauchen dürfen und wann nicht. Wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, dann wird halt keine Wäsche gewaschen.

(Angela Freimuth [FDP]: Die Sonne scheint immer!)

– Das ist der Freiheitsgedanke der pseudoliberalen FDP.

(Beifall von der AfD)

Sie wollen eine Stromtrasse nach Belgien bauen. Doch anscheinend ist das Ausland gar nicht so ökogläubig wie Sie; denn den Belgiern geht es um Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Deshalb war Belgien nicht im Geringsten daran interessiert, konventionelle Kraftwerke auf Dauer durch NRW-Zufallsstrom zu ersetzen. Das Ausland will keinen vertieften Anschluss an das deutsche Stromnetz. Es will nicht als billiger Müllplatz Ihres Abfallstroms erhalten. Übrigens haben die Polen und die Tschechen Phasenschieber eingebaut, weil sie auch nicht mehr zum Müllplatz deutschen Abfallstroms werden wollen.

(Beifall von der AfD)

Sie wissen dies, und das ist ja das Schlimme, meine Damen und Herren der pseudobürgerlichen Fraktionen. Das ist das Schlimme, Sie wissen dies, Sie wissen was Polen macht, Sie wissen was Tschechien macht, und dennoch verbreiten Sie in Ihrem Antrag solch einen Unsinn.

Deshalb frage ich Sie: Was ist schlimmer? Grüne Träumerinnen, die von Physik keine Ahnung haben, oder Menschen, die aus Angst vor dem medialen Ökostöckchen bewusst die Stromversorgung und die Volkswirtschaft unseres Landes ruinieren und den Bürgern Sand in die Augen streuen wollen?

(Beifall von der AfD)

Wir werden Ihren Antrag im Ausschuss mit Freude sehr kritisch begleiten. Vielleicht haben Sie bis dahin auch elementare Kenntnisse in Elektrodynamik.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Blex. – Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart.

(Marc Herter [SPD]: Jetzt gucken wir mal, ob der Pinkwart was gelernt hat!)

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung begrüßt den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP ausdrücklich, denn er bestärkt uns in unserem Handeln.

Es trifft zu, dass Nordrhein-Westfalen eine Schlüsselstellung für eine sichere Energieversorgung von Wirtschaft, Industrie und Haushalten in Deutschland und auch in Europa einnimmt. Wir wollen, dass dies auch in Zukunft so bleiben kann. Dafür wird sich die Landesregierung gegenüber dem Bund einsetzen.

Bezahlbare Energiepreise und Versorgungssicherheit müssen wieder gleichrangig neben dem Klimaschutz berücksichtigt werden. In Zukunft wird Deutschland bei der Stromversorgung noch enger mit seinen Nachbarn kooperieren müssen, wofür die Landesregierung in Berlin nachdrücklich eintritt.

Der Energiebinnenmarkt darf nicht länger nur auf dem Papier stehen – Papier ist bekanntermaßen geduldig –, sondern wir müssen den Energiebinnenmarkt vielmehr mit Leben füllen. Das Pentalaterale Energieforum, das schon angesprochen worden ist, ist ein gutes Beispiel für gelebte europäische Kooperation im Energiebinnenmarkt. Hier arbeiten Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Österreich und die Schweiz konstruktiv zusammen.

Die jeweiligen Regulierungsbehörden, Netzbetreiber und Strombörsen arbeiten intensiv daran, die regionale Koppelung der Märkte zu verbessern und Synergien zu erschließen. Aus Sicht der Landesregierung stehen vor allem folgende Punkte im Mittelpunkt:

Erstens. Wir wollen die Vorteile des Energiebinnenmarkts zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und für bezahlbare Energiepreise in Deutschland und Europa nutzen.

Zweitens. Dazu müssen die Strom- und Gasnetze sowie Interkonnektoren weiter ausgebaut und die Strommärkte enger verknüpft werden. Da ist unter anderem der zügige Bau der ALEGrO-Leitung zwischen Nordrhein-Westfalen und Belgien für die Landesregierung von großer Bedeutung – wir haben das heute Vormittag bereits diskutiert.

Drittens. Ein Energiebinnenmarkt kann nur funktionieren, wenn wir Versorgungssicherheit zukünftig verstärkt im europäischen Verbund betrachten. Das heißt natürlich nicht, dass wir uns einfach blind auf unsere Nachbarn verlassen. Das heißt vielmehr, dass wir ein gemeinsames Verständnis für Versorgungssicherheit und eine gemeinsame verlässliche Berechnungsmethodik entwickeln. Hier stehen wir noch ganz am Anfang.

Viertens. Dies gilt auch für einen Kapazitätsmarkt, den es nach unserer Meinung zu entwickeln gilt.

Fünftens. Auch die Digitalisierung wird eine zentrale Rolle spielen. Wir benötigen intelligente Lösungen, Flexibilisierung und Speichertechnologien, um Angebot und Nachfrage besser zueinander bringen zu können.

Sechstens. Wir brauchen ein globales CO₂-Regime und ein funktionierendes Marktdesign, damit wir auch zu fairen Bedingungen bei einem effizienten Umgang mit unseren Ressourcen kommen, und die Wettbewerbsgleichheit international sichern können. Ein Carbon Leakage darf es nicht geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur unter diesen Prämissen kann der Energiebinnenmarkt auch wirklich funktionieren. Die Landesregierung wird sich hierfür gegenüber dem Bund einsetzen – im Interesse von Nordrhein-Westfalen, seinen Bürgern und seinen Unternehmen. Denn eine bezahlbare, sichere und saubere Energieversorgung in Deutschland und Europa ist eine der zentralen Voraussetzungen für Wohlstand und Fortschritt in unserem Land. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 17/1987** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Europa und Internationales**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist beides nicht der Fall.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung.

Heute, am 1. März, ist meteorologischer Frühlingsanfang. Wenn wir uns wiedersehen – ich berufe das Plenum wieder ein für Mittwoch, den 21. März, 10 Uhr –, haben wir kalendarischen Frühlingsanfang. Alles Gute bis dahin. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:53 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.